

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Florian von Brunn

Abg. Angelika Schorer

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Hans Friedl

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Sebastian Körber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Bahnverkehr und Wetter: In Zuverlässigkeit und Winterdienst investieren statt Fahrgastrechte abzuschaffen (Drs. 18/5173)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! 1966 hat die Deutsche Bahn eine vielbeachtete Werbekampagne gestartet: "Alle reden vom Wetter. Wir nicht." – Man hat damit deutlich machen wollen, dass der Zug immer fährt, auch wenn man mit dem Auto nicht mehr weiterkommt. Heute muss man froh sein, wenn bei der ersten zarten Schneeflocke, die in der Luft schwebt, die Züge überhaupt noch losfahren können. Viele steigen vorsorglich auf das Auto um, weil sie wissen, dass mit dem Zug nichts geht. Der Klimaschutz bleibt dann auf der Strecke.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Hört, hört!)

Besonders im letzten Winter, im Januar 2019, war es in Bayern ganz schlimm: Es gab tages-, teilweise wochenlange Ausfälle von Zugverbindungen, Pendlerinnen und Pendler kamen nicht zur Arbeit, Schülerinnen und Schüler nicht in die Schule, Züge blieben mit den Passagieren an Bord liegen. Die Bayerische Staatsregierung kommt in ihrem Bericht, den wir als SPD-Fraktion eingefordert haben, zu dem Schluss: Rückblickend sei festzustellen, dass die Winterprobleme im bayerischen Schienenpersonennahverkehr im Januar 2019 vorrangig auf eine unzureichende Räumung der Strecken durch den Infrastrukturbetreiber DB Netz AG zurückzuführen seien. Aus Sicht der Staatsregierung hätte der Betrieb in mehreren Fällen, dies betreffe beispielsweise das Oberlandnetz, bei einer schnelleren bzw. umfangreicheren Räumung zumindest länger aufrechterhalten bzw. nach Ende der Schneefälle schneller wieder aufgenommen werden

können. Die Versäumnisse des Infrastrukturbetreibers wiegen vor dem Hintergrund umso schwerer, als der Wintereinbruch 2019 nicht überraschend kam. Trotzdem ist nicht genügend Vorsorge getroffen worden, um die Strecken befahrbar zu halten.

Was heißt das eigentlich? – Man muss vor allem auf dem Land und beim regionalen Schienenverkehr mehr in das Schienennetz investieren. Zudem muss man Druck auf die Bahn ausüben, damit diese besser räumt und einen besseren Winterdienst macht. Was macht aber Andreas Scheuer mit seinen europäischen Verkehrsministerkollegen? – Sie wollen Fahrgastrechte abbauen und die Entschädigung bei Unwetter und höherer Gewalt streichen, also auf das Niveau des Flugverkehrs nivellieren. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das wird nach der Mautkatastrophe die nächste Pleite und Schnapsidee, für die Andreas Scheuer mitverantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Dementsprechend fallen auch die Reaktionen aus: klare Ablehnung von den Verbraucherschützern, vom Verbraucherzentrale Bundesverband, vom Fahrgastverband Pro Bahn und vom Europäischen Parlament. Diese sagen etwas ganz anderes; im November wurde bereits im Europäischen Parlament ein Beschluss für stärkere Fahrgastrechte und mehr Entschädigungen gefasst. Leider scheint dies die europäischen Verkehrsminister nicht zu interessieren. Wenn man aber der Deutschen Bahn und anderen einen Blankoscheck ausstellt, dann ist es problematisch festzustellen, ob ein Ausfall entschädigungspflichtig gewesen ist oder ob man sich nur auf das Wetter herausredet und dieses vorschiebt, um keine Entschädigung zahlen zu müssen. Deswegen brauchen wir eine Politik für die Fahrgäste, eine Politik, die Druck auf die Bahn ausübt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dieser Beschluss muss aufgehoben werden. Die Fahrgastrechte müssen gestärkt werden. Die Deutsche Bahn muss verpflichtet werden, mehr zu tun, gerade im Winter.

Die Deutsche Bahn muss aber auch unterstützt werden. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur, gerade im Regionalverkehr.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch ein Gedanke: Anstatt sich zu überlegen, wie Fahrgastrechte eingeschränkt werden können, sollte man im Verkehrsministerium in Berlin darüber nachdenken, wie man Zulagen für unfähige Bahnmanager kürzen kann, die ihren Aufgaben nicht nachkommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Angelika Schorer von der CSU-Fraktion.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Antrag gibt es einiges zu sagen. Chaos herrscht nicht ab der ersten Schneeflocke; es muss schon eine Schneekatastrophe sein, wie sie im letzten Jahr in der Oberlandregion eingetreten ist.

Herr Kollege von Brunn, zu Ihrem Antrag: Im Flugverkehr und im Fernbusverkehr haben die Fahrgastrechte schon gegolten. Sie wurden auf den Bahnverkehr, also die Schiene, ausgedehnt, um eine Gleichstellung aller Verkehrsträger zu erreichen. Beim Abstimmungsverhalten muss man genau in den Blick nehmen, dass die Bundesregierung, zu der auch die SPD gehört, einen Konsens gefunden hat. Wer genauer hinschaut, stellt fest, dass das Bundesjustizministerium von der SPD geführt wird. Dieses Ministerium ist für den Verbraucherschutz zuständig. Die Staatssekretärin aus Niederbayern hat diesem Konsens ebenfalls zugestimmt. So ist das Verhalten auf der europäischen Ebene zu erklären.

Was wäre die Folge gewesen, wenn die Bundesregierung nicht mit den Ministern der anderen europäischen Länder gestimmt hätte? – Die Folge wäre gewesen, dass aufgrund des Wettbewerbs bei den anderen Verkehrsunternehmen und Verkehrsträgern Kostensteigerungen eingetreten wären. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen also auch die Fahrgastrechte abbauen?)

Herr Kollege, Sie haben es ausgeführt: Bayern ist für das Netz nicht zuständig. Wir sind auch nicht für die Stationen zuständig. Hier sind die DB und der Bund zuständig.

Wir haben die Katastrophe im Oberland im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr sehr genau in den Blick genommen. Am 27. November hat es einen zehnsseitigen Bericht gegeben.

(Florian von Brunn (SPD): Auf Antrag der SPD!)

– Das wollte ich gerade erwähnen. Sie haben es mir vorweggenommen. Ich habe damit gar kein Problem; denn wir haben alle zugestimmt. Wir hatten schon vorher einen mündlichen Bericht und danach wieder einen mündlichen Bericht im Ausschuss. Dabei haben wir den Infrastrukturbetreiber und den Stationsbetreiber in die Pflicht genommen.

Inzwischen wurden für diesen Winter nicht nur Anstrengungen unternommen, sondern es wurde auch Vorsorge getroffen. Dabei wurde sowohl für die Fahrgastinformation als auch für das Störfallmanagement viel getan. Darüber hinaus hat es mit den "Blaulichtorganisationen" und den kommunalen Vertretern am 22. November eine besondere Übung gegeben. Wir sind also auf einem guten Weg und für den Winter gerüstet.

Der schriftliche Bericht, der Ihnen vorliegt, zeigt die Aktivitäten Bayerns auf. In Bayern hat zu diesem Thema ein wöchentlicher Austausch stattgefunden.

(Florian von Brunn (SPD): Als das Kind in den Brunnen gefallen war! – Hans Herold (CSU): Lassen Sie die Kollegin ausreden!)

– Herr Kollege, ich habe Sie auch ausreden lassen. Ich möchte ausführen, welche Maßnahmen ergriffen worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig ist doch, dass wir für die Zukunft gerüstet sind. Wir haben beim Bund einiges eingefordert. Vieles ist auf den Prüfstand gestellt worden. Ich greife einige Punkte her-

aus: eine Personalerhöhung bei extremen Wetterlagen, Schneefräsen, ein Vegetationsbericht sowie Schulung und Überwachung des Personals. Diese Maßnahmen wurden auf Betreiben Bayerns, der Staatsregierung und der BEG, ergriffen. Außerdem gibt es ein Einsatzstufenkonzept. Das ist enorm wichtig.

Bayern hat also nicht nur zugeschaut. Es gab drei Gutachten, die vom Freistaat und der BEG mitfinanziert worden sind. Mein Fazit lautet deshalb: Wir sind gut gerüstet. Sie haben gerade von der "ersten Schneeflocke" gesprochen. Im Oberland hat es bislang kein Chaos gegeben. Dort ist man mit dem Austausch sehr zufrieden. Ich möchte deshalb einen Dank an unseren Herrn Staatsminister richten: So muss man arbeiten und an den Bund Forderungen stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können dem Antrag der SPD-Fraktion nicht folgen und werden ihn ablehnen. Nichtsdestoweniger werden wir in dieser Angelegenheit weitermachen und den Blick auf ganz Bayern richten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Frau Kollegin Schorer, ich wollte Sie vor dem Hintergrund dieses Themas und des Mautdesasters fragen, ob Sie glauben, dass Andreas Scheuer als Verkehrsminister der richtige Mann und an der richtigen Stelle ist.

Angelika Schorer (CSU): Herr Kollege, ich denke, diese Frage wird in der Koalition in Berlin geklärt. Darüber werden wir in Bayern keine Entscheidung treffen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Eine Aussageverweigerung!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Markus Böhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer viel Bahn fährt, der kennt das lustige Sprichwort: Die Bahn hat vier Hauptprobleme, und die heißen Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter. Bei diesen vier Hauptproblemen hat es für die Fahrgäste bislang wenigstens eine Entschädigung gegeben. Bei Verspätungen von über einer Stunde hat es eine Entschädigung von 25 % des Fahrpreises und bei einer Verspätung von zwei Stunden eine Entschädigung von 50 % des Fahrpreises gegeben. Das ist ohnehin ein schwacher Trost, wenn Termine nicht eingehalten oder Anschlusszüge nicht erreicht werden können.

Dieser schwache Trost soll den Fahrgästen in Fällen höherer Gewalt jetzt auch noch weggenommen werden. Was ist höhere Gewalt? – Momentan gibt es in der ganzen Region München ein Bahnchaos wegen eines ausgefallenen Stellwerks. Ist das auch höhere Gewalt? Fällt eine zugefrorene Weiche wegen Winterwetter auch unter höhere Gewalt? Am Ende hat womöglich noch der Fahrgast die Beweislast, wenn er eine Entschädigung haben möchte. Meine Damen und Herren, was für ein Unsinn, was für ein Rückschritt!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

An diesem Beschluss der EU-Verkehrsminister ist besonders ärgerlich, dass der deutsche Verkehrsminister Scheuer dabei auch noch mitgestimmt hat. Er hat nicht etwa versehentlich mitgestimmt – das kann ja mal passieren –, sondern er hat absichtlich mitgestimmt und diesen Beschluss gegenüber der Presse als "Ausgleich zwischen den Interessen der Fahrgäste und der Eisenbahnunternehmen" verteidigt. Was für ein Schlag ins Gesicht der Fahrgäste! Was für eine Verhöhnung angesichts der verheerenden Pünktlichkeitswerte der Deutschen Bahn und der Bahnen in unserem Land! Meine Damen und Herren, wir GRÜNE wollen die Fahrgastrechte stärken und nicht schwächen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn bei Sturm Bäume aufs Gleis fallen, wenn Strecken wegen zu viel Schnee unpassierbar sind, dann ist dafür der Netzbetreiber zuständig. Das ist in Deutschland und in Bayern in den allermeisten Fällen die DB Netz. Die DB Netz ist dafür zuständig, die Strecken unter allen Umständen, auch bei schlechtem Wetter, befahrbar zu halten. Genau dieser DB Netz geben Sie und Ihr Verkehrsminister in Berlin einen Freibrief, die Pflege der Strecken weiter zu vernachlässigen. Bedeutet das, dass Winterdienst und Vegetationsrückschnitt nur noch dann möglich sind, wenn die DB Netz gerade Lust dazu hat? – Nein! Die Entschädigungen für Fahrgäste dürfen nicht weiter beschnitten werden. Das EU-Parlament hat recht; es fordert nämlich eine Verdoppelung der Entschädigungen von 25 auf 50 % bzw. bei zwei Stunden Verspätung von 50 auf 100 %. Das ist der richtige Weg, um Druck auf die Eisenbahninfrastrukturbetreiber auszuüben, dass sie die Strecken befahrbar halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der Regierung sagen, Bayern sei ein Bahnland. Sie lassen auf jeden Zug draufschreiben: "Bahnland Bayern". Ich finde, statt Fahrgästen Rechte wegzunehmen, sollten Sie die Infrastrukturbetreiber verpflichten, die Strecken anständig in Schuss zu halten. Sie sagen, dafür ist nicht Bayern, sondern der Bund zuständig. Ja, aber für den Nahverkehr könnten Sie eine vertragliche Beziehung zwischen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und den Eisenbahninfrastrukturunternehmen, zum Beispiel der DB Netz, herstellen und damit Druck ausüben, um eine ordentliche Vertragsdurchführung zu ermöglichen. Wir brauchen Verträge, die einen zuverlässigen Bahnverkehr erzwingen.

Hören Sie deshalb auf, uns Bahnfahrer mit dem Streichen von Entschädigungen zu quälen! Sorgen Sie für mehr Fahrgastrechte und für zuverlässigere und pünktlichere Züge!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD erinnert mich an einen Münzwurf. Jede Münze hat zwei Seiten, die SPD beleuchtet nur eine.

Kommen wir zu den Fakten: Die SPD fordert, der Landtag solle sich für eine Stärkung der Fahrgast- und Verbraucherrechte einsetzen. Da bin ich sofort dabei. Richtig, die Verkehrsminister der EU-Länder haben beschlossen, dass es für Bahnreisende künftig dann keine Entschädigung mehr gibt, wenn ein Zugausfall durch höhere Gewalt zustande kam.

Diese Schwächung basiert auf einem Vorschlag der EU-Kommission, eine Gleichbehandlung von Bahn und anderen Verkehrsunternehmen zu veranlassen; denn Flug- und Busunternehmen müssen keine Entschädigung zahlen, wenn sie die dafür verantwortlichen Umstände nicht vermeiden können.

Folglich hätten Sie mit dem Antrag – wenn Sie es mit der Stärkung der Verbraucherrechte ernst meinen – auch für den Fall Entschädigungen fordern müssen, dass auf Island mal wieder ein Vulkan ausbricht und den Flugverkehr lähmt.

(Florian von Brunn (SPD): So ein Schmarrn! – Angelika Schorer (CSU): Da hat er aber recht!)

Sie von der SPD schließen also eine Gleichbehandlung von Unternehmen aus.

Kommen wir zum zweiten Punkt: Im Ausschuss gab es eine Anhörung zum Schneeeaster. Die Ausschussmitglieder der SPD haben im Sinne Ihres Antrags auch für einen weiteren Bericht zur konkreten Umsetzung der damals genannten Maßnahmen gestimmt. Dieser Bericht ist seit dem 27.11.2019 verfügbar; hier ist er.

(Der Redner hält den Bericht hoch)

Herr Kollege von Brunn, ich bitte, vollständig zu zitieren.

(Florian von Brunn (SPD): Da reicht aber die Redezeit nicht, Herr Kollege!)

Darin stehen elf Einzelmaßnahmen bezüglich der DB Netz AG: eine Großübung am 22.11.2019, die DB Station&Service AG, Umsetzung von sieben Einzelmaßnahmen bei der BOB, die Überarbeitung der Notfallpläne, der Einsatz externer Gutachter durch die BEG und die BOB, um Quantität und Qualität der Wartungsmaßnahmen beim rollenden Material zu überprüfen.

Es ist also viel passiert. Kenntnisnahme vor Antragstellung wäre wichtig.

(Florian von Brunn (SPD): Darum geht es in dem Antrag nicht!)

Konnte die SPD das etwa vor lauter Vorsitzendenwahl nicht mehr lesen? – Wahrscheinlich haben Sie dazu die Zeit nicht mehr gefunden. Wir FREIE WÄHLER lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist aber eine dünne Behandlung! Eine inhaltliche Auseinandersetzung hätte anders ausgesehen! – Florian von Brunn (SPD): Sie haben völlig an der Sache vorbeigeredet!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags, sehr verehrte Damen und Herren! Wir behandeln den Antrag "Bahnverkehr und Wetter: In Zuverlässigkeit und Winterdienst investieren statt Fahrgastrechte abzuschaffen".

Das Ganze hört sich schon wieder wie ein schlechter Witz an. Noch im letzten Jahr hat das Europaparlament – übrigens völlig zu Recht – bei Verspätungen höhere Ent-

schädigungen für Bahnreisende gefordert. Schließlich sind Bahnfahrten nicht eben billig. Die Bahnreisenden, die zu spät ankommen oder ihr Reiseziel überhaupt nicht erreichen können, sollten darum Geld zurückerhalten. Jetzt wollen die europäischen Verkehrsminister, unter anderem auch der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, ein wahrer Experte für die Verschwendung von Steuergeldern, das glatte Gegenteil.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Bei höherer Gewalt sollen die Reisenden künftig gegebenenfalls sogar leer ausgehen. Die Kritik der Verbraucherverbände, dass damit auch die Rechte der Fahrgäste beschnitten würden, perlt an den Verantwortlichen ab. Die durch diesen Beschluss entstehende Rechtsunsicherheit für die Verbraucher wird völlig ignoriert. Denn wann handelt es sich um höhere Gewalt, und wann herrscht einfach nur etwas schlechteres Wetter?

Das gibt der Bahn fast schon einen Freibrief an die Hand. Ein wenig Eis und Schnee wird dann schon als höhere Gewalt gewertet werden, und die Bahnreisenden haben das Nachsehen; sie müssten dann vor Gericht gehen und klären lassen, ob ihr Zug ausgefallen ist, weil höhere Gewalt vorlag, oder ob die Bahn einfach nicht in der Lage war, mit ein wenig Schnee fertig zu werden.

Zu Anfang dieses Jahres schien selbst die Staatsregierung mit dem Winterdienst der Bahn nicht sonderlich zufrieden gewesen zu sein. Damals wurde von unzureichenden Räumungen gesprochen, die zu den Problemen geführt hätten.

Wir halten es für noch gravierender, dass die Bahn teilweise nicht in der Lage war, all ihre Bahnhöfe vom Schnee zu befreien, sodass Reisende nicht zusteigen konnten. Privatleuten, die den Gehweg vor dem Haus nicht räumen, drohen Strafen. Der Bahn lässt man das quasi so durchgehen.

Wintereinbrüche kommen meist nicht überraschend. Bald steht übrigens wieder einer bevor – oder nicht? Ich bezweifle sehr, dass die Bahn diesmal besser vorbereitet ist. Wir werden das in wenigen Tagen oder Wochen sehen.

Anstatt der Bahn in die Hände zu spielen und sie durch das Scheinargument der höheren Gewalt aus der Verantwortung zu entlassen, sollte man den Winterdienst optimieren. Nachbarländer zeigen, dass Winterdienst auch bei großen Schneemengen durchaus möglich ist, beispielsweise die vorbildliche Schweiz.

Die Bahn muss zu jeder Jahreszeit und bei jeder Witterung ein pünktliches und zuverlässiges Reisemittel bleiben, auf das sich unsere Bürgerinnen und Bürger verlassen können.

(Beifall bei der AfD)

Die Ausrede der DB, Verspätungen bei Schneefall seien höhere Gewalt, gegen die man nichts machen könne, darf man absolut nicht gelten lassen. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag grundsätzlich; er geht in die richtige Richtung. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mich hier im Raum umgucke, kann ich recht wenig Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bahn erkennen. Ich habe auch den Bundesverkehrsminister noch nicht entdeckt. Manchmal muss man sich bei Anträgen schon fragen, ob diese überhaupt richtig platziert sind, ob wir für diese überhaupt zuständig sind.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): "Sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen"!)

– Herr von Brunn, wenn Sie die Managergehälter bei der Bahn beeinflussen wollen, wenden Sie sich doch an Ihre Parteifreundin Kirsten Lühmann, die im Aufsichtsrat der Bahn sitzt. Sie würde Ihnen in der Sache weiterhelfen können.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Reden Sie doch zur Sache! –
Volkmar Halbleib (SPD): Sie wollen sich mit dem Thema nicht befassen!)

Herr von Brunn, ein paar Fakten: Im Jahr 2018 hat allein die Deutsche Bahn eine Entschädigungssumme für Verspätungen in Höhe von 53,6 Millionen Euro an 2,7 Millionen Passagiere ausbezahlt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist doch jedem im Raum, sicher auch den Kollegen von der SPD-Fraktion, vollkommen klar, dass ein Unternehmen, wenn es etwas verschuldet hat, natürlich in Haftung genommen wird.

Der Bericht dazu ist angesprochen worden. Es hilft manchmal, wenn man sich so etwas durchliest; das war ein Fortsetzungsbericht mit Datum vom 27.11. Wir hatten das im Verkehrsausschuss schon debattiert.

Es gab winterbedingte Einschränkungen, weil eben nicht richtig geräumt worden war. Lassen Sie uns doch bitte auf die Fakten schauen. Das ist doch tatsächlich ein Versäumnis der dafür zuständigen Unternehmen gewesen.

(Florian von Brunn (SPD): Der FDP ist das nicht aufgefallen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist das Thema Rechtsauffassung angesprochen worden: Mit welchem Recht soll die Bahn und damit die Schiene bei Entschädigungszahlungen jetzt anders als der Luftverkehr behandelt werden?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das habe ich an der Stelle noch nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Man könnte die beim Luftverkehr auch auf das gleiche Niveau anheben!)

Lassen Sie uns doch einfach konstruktiv überlegen, was die Bahnfahrer am meisten ärgert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Fernverkehr mittlerweile einen unbefriedigenden Pünktlichkeitswert von 75 %. Das ist es doch, was die Menschen stört.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Mit gutem Recht, Herr Kollege, mit gutem Recht!)

Wir müssen dazu übergehen, dort anzusetzen, damit Bahnfahren verlässlich und flexibel ist und digitaler wird. Die Fahrgäste sind daran interessiert, pünktlich anzukommen.

Schauen wir uns die Sache an: Wenn die Fahrgäste überhaupt einen Anspruch geltend machen wollen – viele Nutzer wissen gar nicht, dass sie das können –, müssen sie ein Fahrgastrechteformular in Papierform an einem Schalter einreichen; sie könnten es natürlich auch mit der Post schicken. Das stört die Menschen am allermeisten. Das muss schneller und digitaler gehen, damit es dann auch einen Nutzen hat.

Wir müssen dafür auch Geld in das System und in die Infrastruktur investieren. Die Kollegen von der SPD, die noch den Finanzminister in Berlin stellen, könnten mehr Geld für die Schiene ausgeben.

(Florian von Brunn (SPD): Die wollen Sie doch privatisieren!)

Das wäre sinnvoll.

Wir müssen Ihren Antrag, wenngleich dessen zweiter Spiegelstrich gut ist, leider schon allein aus Gerechtigkeitsgründen ablehnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Am Flugverkehr entdeckt die FDP plötzlich ihren Gerechtigkeitssinn!)

Im zweiten Spiegelstrich fordern Sie mehr Geld; schreiben Sie doch Ihrem zuständigen Finanzminister in Berlin mal eine SMS.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/5173 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die FDP. Fraktionslose Abgeordnete sind keine im Raum. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.